

BLAUER AfD LANDKREIS

Landkreis Görlitz

02/22

Gemeinsam

für

Heimat & Zukunft

SEBASTIAN
WIPPEL



Landratswahl 2022

Vorwort



Liebe Freunde und interessierte Leser,

ich freue mich, Ihnen hier wieder eine neue Ausgabe des ‚Blauen Landkreises‘ vorstellen zu können. In diesen aufwühlenden Zeiten will ich erst einmal mit erfreulichen Nachrichten beginnen:

Mit 28% hat hier in Sachsen die AfD in der Sonntagsfrage von INSA vom 7. April 2022 die CDU überholt, die nur noch von 25% der Bürger Zustimmung erhielt! Das will ich mit einem großen Dank an all die Mitstreiter verbinden, die sich im Landtag und in den Kommunalparlamenten, in den Kreisen und verschiedenen Gremien zumeist ehrenamtlich einsetzen und für unsere Sache kämpfen.

Daran sehen wir, dass wir mit unserer parlamentarischen Arbeit und mit bürgerorientierter konkreter und konstruktiver Oppositionspolitik Erfolg haben. Wir sind auf dem richtigen Weg, Regierungspartei werden zu können, liebe Landsleute!

Hier und heute ist es die Grundlage für den Wahlkampf unseres Landratskandidaten Sebastian Wippel, der sich am 12. Juni 2022 für die Alternative für Deutschland im Landkreis Görlitz um das Amt des Landrates bewirbt.

Persönlich werbe ich für Sebastian Wippel als Landrat in Görlitz und wünsche ihm breite Unterstützung: für den Landkreis Görlitz, für unsere Heimat.

Ihr
Tino Chrupalla

Krieg in der Ukraine

Mit dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine hat vor zwei Monaten wieder ein Krieg in Europa begonnen. Quasi „über Nacht“ hat sich die Gefahr eines schrecklichen Weltenbrandes aufgetan. Damit verbundenen sind Flucht, Leid und Elend.

In diese höchstgefährliche Dynamik für Europa und die Welt lässt sich Deutschland unter der Regierung Scholz hineinziehen. Denn am 28. April 2022 wurde mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP – und plötzlich nach einer 180-Grad Wende auch mit der CDU/CSU-Fraktion – die Lieferung von schweren Waffen und Kampfpanzern an die Ukraine beschlossen.

Lediglich 100 Abgeordnete haben sich für friedliche, diplomatische Lösungen eingesetzt und dagegen gestimmt. Auf die Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag allein entfielen 66 Stimmen. Wir sind damit die letzte Partei im Parlament, die sich mehrheitlich für Frieden auf dem Kontinent Europa stark macht.

Um ein Bild zu gebrauchen:
Der Zug der Lemminge hat sich in Bewegung gesetzt – die Politik ist auf Kriegskurs.

Warum wollen so viele Politiker und Journalisten den Krieg in unser Land holen?«, fragt der einst ranghöchste Militär Harald Kujat. Als ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr ist er ein herausragender Kenner der Bundeswehr und der Nato. Wenn dieser erfahrene Soldat die Bundesregierung auf Kriegskurs sieht, sollten die Alarmglocken läuten.

Mit ihrem Beschluss und mit der Abstimmung im Bundestag am 28. April 2022, schwere Waffen in die Ukraine zu liefern, bringen die Ampel-Parteien unter Mitbeteiligung der CDU unser Land in große Gefahr.

Unsere Position ist klar: Eine atomare Konfrontation muss verhindert werden.
Wir sind keine Kriegspartei im Ukraine-Krieg und dürfen es auch nicht werden. Deutschland befindet sich nicht im Krieg mit irgendeinem Land auf dieser Welt.

Wir als AfD sprechen uns daher ganz entschieden gegen die Lieferung von Waffen an die Ukraine aus. Waffen haben Kriege noch nie verkürzt und sind keine humanitären Hilfsgüter.

Im Ukrainekrieg kann Deutschland nur die humanitäre Hilfe leisten, zum Beispiel durch Medikamentenlieferungen oder die Bereitstellung von Wasser und Energie. Sowohl Kriegsflüchtlinge, als auch die Notleidenden vor Ort müssen Unterstützung erfahren.

Coronapolitik

Seit langer Zeit hat sich zum ersten Mal in einer Plenardebatte und in den Abstimmungen dazu endlich einmal die Vernunft durchgesetzt!

Karl Lauterbach und die anderen Impfpflichtfanatiker sind am 7. April 2022 mit ihrem Versuch gescheitert, Grundrechte der Bürger auszuschalten. Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ab 60 fand im Parlament keine Mehrheit. Diese Gesetzesvorlage war auch nichts anderes als ein „Trojanisches Pferd“, in dem die Impfpflicht ab 18 für die Zukunft lauerte.

Ich stelle fest: Unser Kampf für das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit hat sich gelohnt.

Und auch die Bürger, die seit Monaten unermüdlich gegen diese Coronapolitik friedlich demonstriert haben, haben damit einen großartigen Erfolg errungen. Alle Bürger müssen frei entscheiden dürfen, ob sie sich impfen lassen oder nicht. Unsere Grundrechte sind ein hohes Gut und die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Deswegen müssen wir hier in Sachsen und im Bund für die Freiheit und damit für die Freiheit der Entscheidung der Bürger unseres Landes kämpfen. Denn die Impfung und das „Boostern“ kommen häufig mit teils schweren Nebenwirkungen einher, deren Auswirkungen auf die Immunabwehr kaum abschätzbar sind.

Gesundheitspolitisch verantwortungsbewusst wäre es, dringend die Zulassung der Impfstoffe zu überprüfen. Und statt mit einer unsinnigen einrichtungsbezogenen Impfpflicht den Pflegenotstand zu verschärfen, braucht es endlich bessere Arbeitsbedingungen und bessere Löhne in der Pflege! Unser nächstes Ziel ist es, für die Abschaffung der sogenannten einrichtungsbezogenen Impfpflicht zu sorgen.

Darüber hinaus werden wir eine politische und juristische Aufarbeitung der Corona-Politik der vergangenen zwei Jahre anstreben.

Das wollen wir im Bundestag so schnell wie möglich einfordern.



Tino Chrupalla, MdB

Bundessprecher der Alternative für Deutschland,
Fraktionsvorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion

Mulkwitzer Hochkippen in höchster Gefahr!

Seit Anfang 2021 beschäftigt ein nicht geringer Teil engagierter Bürger der Gemeinde Schleife und deren Ortsteile Mulkwitz und Rohne die Gefahr, dass schwere Eingriffe in die gewachsene Natur der Mulkwitzer Hochkippen einem wahnwitzigen „Ökopjekt“ geopfert werden sollen. Ein einzigartiger Rückzugsraum für Tiere, aber auch Hort seltener Pflanzen, spielt in den Augen gewinnorientierter Investoren und der Großspurigkeit des Bürgermeisters und seiner Unterstützer keine Rolle. Jetzt beginnt dieses Projekt aber alle Grenzen zu sprengen. Dieses Waldgebiet von besonderem Wert könnte wohl bis zu einer Fläche von 1.000 Hektar in ein Industriegebiet mit produzierendem Gewerbe verwandelt werden. Man fabuliert sogar von einem „ökologischen Kraftwerk“. In diesem soll natürlich keine Braunkohle mit einer schlechten CO²-Bilanz verfeuert werden, NEIN! Man plant dort den natürlich gewachsenen Rohstoff Holz zu verfeuern. Die Frage sollte jetzt lauten, ob man sich denn ein CO²-neutrales Verbrennen von Holz hat patentieren lassen. Wenn dies alles nicht so traurig wäre, könnte man trefflich darüber lachen. Fakt ist aber, die Schleifer Gemeindeführung wirbt für das abzulehnende und Natur zerstörende Projekt mit einer aus der Luft gegriffenen Zahl an Arbeitsplätzen. Man verspricht, autark von einer Preisvorgabe für E-Energie zu sein. Man fabuliert davon, nach dem Ausstieg aus der Kohleverstromung „Energieresion“ sein zu können. All das ist nicht nur naiv, sondern falsch und irreführend! Ginge es um Arbeitsplätze, könnten die Investoren sich auf der Fläche des Industrieparks in Schwarze Pumpe ansiedeln.



Blick über die Mulkwitzer Hochkippen, Foto: Roberto Kuhnert

Dort sind voll erschlossene Flächen für derartige Projekte vorhanden. Schleife hat diese Flächen nicht! Schaut man aber noch weiter hinter die Kulissen, entdeckt man eine Reihe weiterer Protagonisten. Unter anderem auch den früheren Dresdner SED-Funktionär Berghofer, dem die Beteiligung an Wahlfälschungen in der DDR nachgewiesen wurde.

Dass aber eine Ortschaft komplett umgesiedelt und abgerissen wird, um ein derartiges „Projekt“ zu realisieren, übertrifft jedoch bei Weitem alles Denkbare. Recherchen dritter haben ergeben, dass es auch sehr fragwürdige Verbindungen zu Leuten geben soll, die mit der Planung des Areals in Schleife beauftragt sein sollen. In dieser soll auch der Name eines Herrn Großmann erscheinen, der eine unrühmliche Rolle als Technik-Chef am Skandalflughafen BER gespielt hat. Eine damalige Verbindung zur Dresdner Gicon-Gruppe soll auch hier wieder bestehen. Wir als die hier in der Region direkt gewählten Abgeordneten werden diese Projekte genauestens prüfen. Getätigte Anfragen an die Staatsregierung und an den Landkreis haben bereits Aufschluss ergeben. Die sehr engagierte und für das Gemeinwohl der Gemeinde Schleife sehr aktive IG Mulkwitzer Hochkippen verdient hier besondere Anerkennung. Eine Diffamierung dieser aus ganz bestimmten Richtungen ist nicht hinnehmbar und abzulehnen!

Mühlrose, die erste Ortschaft, die einem Windpark weicht?

Bahnt sich hier ein unfassbarer Skandal an? Mühlrose, eine über Jahre hinweg stiefmütterlich und schäbig behandelte Ortschaft im Einzugsgebiet des voranschreitenden Tagebaues Nochten. Unzählige Versammlungen und Zusammenkünfte mit den Einwohnern waren nötig, um Ende 2019, Anfang 2020 feststehend zu erklären, dass der Ort den Braunkohlebaggern geopfert werden soll und eine Umsiedlung der Bewohner in die Tat umgesetzt wird. Nicht wenige Mühlroser, die sich über Jahrzehnte mit dem angrenzenden Tagebau engagierten und auch in diesem Industriezweig arbeiteten, verstanden die Notwendigkeit und akzeptierten den Verlust von Heimat und sichtbarer Geschichte ihres Ortes.

Ungewissheit, verbunden mit Gerüchten und Vermutungen, scheinen jetzt aber Realität zu werden. Mühlrose läuft Gefahr, Opfer einer unglaublichen Intrige zu werden. Wie die SZ vom 6. Mai zu berichten wusste, wurden verschiedene Handelsregistereintragungen vorgenommen, die auf die Nutzung der Gemeindefläche Mühlrose als Windpark hinweisen. Im Weiteren war zu lesen, dass der zuständige Bürgermeister sich von der Staatsregierung im Stich gelassen fühlt. Anfragen blieben unbeantwortet und Gesprächsterminanfragen waren Fehlanzeige.

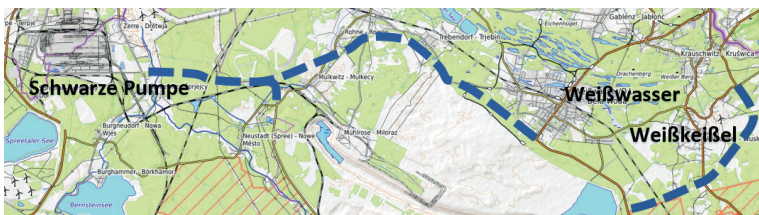
Sollte sich bewahrheiten, was zu lesen war, würde es sich um einen handfesten Skandal handeln. In einer Zeit, in der der Ausbau zur Nutzung so genannter „erneuerbarer Energien“, ohne Rücksicht auf Verluste, über alles gestellt wird, würde man hier in eine weitere, ungeheuerliche Stufe übergehen.

Wir als AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag fordern seither eine rigorose Einschränkung zum Bau weiterer Windkraft- und großflächiger Photovoltaikanlagen. Ein zwingend notwendiger Mindestabstand zu

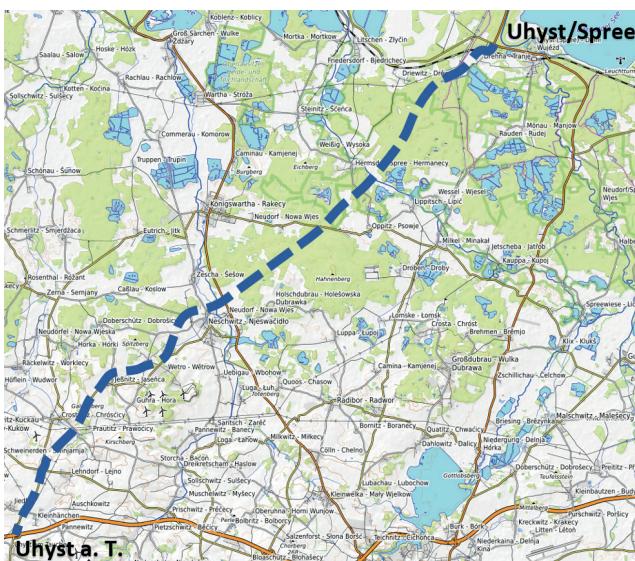
Siedlungsstandorten ist zwingend nötig wird aber massiv von der gewinnorientierten Öko-Lobby abgelehnt und mit massiver Unterstützung der Bündnisgrünen befeuert. Dieser Öko-Wahn zerstört bisher natürliche Lebensräume in kaum vorstellbarer Größenordnung, verursacht Flächenversiegelungen und tötet Vögel. Deshalb ist es unsere Pflicht als Abgeordnete uns diesem Thema weiter und intensiver zu widmen. Keine freie Hand und kein unwidersprochenes Wort denen, die mit unserer Heimat ihr perfides Spiel spielen wollen. Mühlrose gehört in Dresden sofort auf die Tagesordnung!

Infrastrukturmaßnahme für die Kernregion abgelehnt!

In Anbetracht des für spätestens 2038 festgesetzten Ausstieges aus der Kohleverstromung ist es von höchstem Wert, den in Aussicht gestellten Strukturwandel konsequent zu beobachten und sachliche Vorschläge diesbezüglich einzubringen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen eines soliden Strukturwandels ist die deutliche Verbesserung der Infrastruktur in der Kernregion Weißwasser-Boxberg. Dem entsprechend erdachte der Arbeitskreis Arbeit, Wirtschaft und Verkehr in der AfD-Fraktion des Landtages eine neue Trassenführung der B 156 ab dem Abzweig bei Uhyst/Spree in Richtung Königswartha – Neschwitz und im weiteren Verlauf zum Anschlusspunkt bei Uhyst a. Taucher, an die BAB 4. Diese Verbindung wäre Teil einer angedachten Trasse von Posen über Grünberg, Sorau, weiterführend bis an die B 156 bei Weißkeißel. Eine auch in Polen gewünschte und wichtige Verbindung in Richtung West / Südwest.



Genutzte Kartengrundlage: OpenStreetMap



Genutzte Kartengrundlage: OpenStreetMap

Dem entsprechend gab es eine Anhörung im federführenden Ausschuss. Auch der Vertreter aus Polen trug die begründete Vision dieser Trasse vor. Für uns hier in der Region wäre es nicht nur eine deutliche Verbesserung der Anbindung an die Bundesautobahn, sondern auch eine große Entlastung für die sensible Streckenführung der B 156 im Bereich der Heide und Teichlandschaft. Die Orte Lieske, Commerau und Sdier würden vom Schwerverkehr entlastet. Den größten Effekt würde man in Niedergurig erzielen. Eine vom Verkehr schwer belastete Ortschaft braucht dringend eine diesbezügliche Lösung. Gerade durch das Vorhandensein des Bautzner Stausees und der damit verbundenen besonderen Herausforderungen einer Streckenplanung wäre diese Trasse von großem Wert. Aber auch eine Entlastung der BAB 4 in Richtung Görlitz wäre ein wichtiger Effekt dieser Planungen.

Wer nun meint, dass ein derartig guter und in der Argumentation begründeter Antrag auf offene Ohren bzw. sogar Zustimmung stoßen könnte, täuscht sich gewaltig! Alle Fraktionen, ganz vorn die der Bündnisgrünen, lehnten geschlossen diesen Antrag ab. Völlig irrsinnige Argumentationen, wie: „Man könnte ja mit der Bahn über Cottbus nach Posen fahren.“ oder: „Es gibt ja bereits eine Autobahn über Frankfurt/Oder nach Posen.“ Aber auch emotionslose Aussagen, wie: „Es gibt keine Planungen. Auch auf polnischer Seite nicht. Es ist nichts vorgesehen.“ beweisen, dass unsere Region niemanden interessiert. Der Ausstieg kommt und basta! Geld wird in Spaßbäder, Straßenbahnzüge in Görlitz, für ein Kulturhaus in Bischofswerda, Radwege, den Görlitzer Tierpark, für das Robert-Koch-Institut in Wildau usw. verpulvert.

Ihr Roberto Kuhnert



Roberto Kuhnert, Mdl.

Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss

Mitglied im Ausschuss für Regionalentwicklung

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bergbaupolitischer Sprecher

Kontakt: buero@robertokuhnert.de

Die Lüge über die Getreidepreise im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg

Der Ukrainekrieg hat fatale Auswirkungen auf die wirtschaftliche Architektur in Europa. Neben der wachsenden Gefahr einer Ausweitung des Krieges, getrieben durch die westlichen Waffenlieferungen und Sanktionen, steigen auch die Preise in vielen Bereichen an. Seit Monaten wird uns hier versucht glaubhaft zu machen, dass Russland die alleinige Schuld an alledem trägt. Dies ist jedoch überhaupt nicht der Fall, ganz im Gegenteil. Vielmehr liegen die Ursachen für die Preisentwicklung in der gescheiterten Euro-Politik und deren Inflation als Folge, sowie in der Steuer-, Migrations- und Schuldenpolitik. Dies alles wird gekonnt unter den Teppich gekehrt und durch ständige Lügen der üblichen Verdächtigen und Medienanstalten noch verdreht. Dies möchte ich am Beispiel der Getreidepreise verdeutlichen. Seit Wochen hören wir, dass die Ukraine der größte Getreidelieferant für Deutschland ist und dass Russland Getreide als Waffe nutzt. Infolgedessen würden die Preise in Deutschland drastisch steigen. Cem Özdemir sagte in Folge des Ukrainekrieges folgendes: „Putin benutzt die Verknappung von Getreide als Waffe. Er will, dass bei uns die Preise steigen und anderswo, in den ärmsten Ländern der Welt, der Hunger zunimmt. Mit dieser perfiden Strategie nimmt er weltweit Menschen als Geiseln.“ Diese Aussage lassen wir mal auf uns wirken und werfen einen nüchternen Blick auf die statistischen Zahlen für Deutschland:

Lieferländer	Wichtigste Lieferländer von Getreide in Deutschland nach Importmenge im Jahr 2021 (Menge in 1.000 Tonnen)
Polen	3.384,53
Tschechien	2.595,50
Frankreich	1.059,92
Ungarn	733,97
Dänemark	498,87
Niederlande	478,00
Slowakei	412,06
Schweden	358,67
Finnland	281,24
Österreich	275,02
Rumänien	256,04
Ukraine	213,43

Quelle für die Daten: www.statista.de

Die größten Mengen Getreide kommen aus Polen, gefolgt von Tschechien und Frankreich. Erst an zwölfter Stelle kommt die Ukraine. Die gestiegenen Preise kommen

hier zu einem großen Teil durch die gescheiterte Euro-Politik und die damit verbundene Geldentwertung. Die Inflation im Euroraum ist von März 2021 mit 1,3% auf 7,4% zum März 2022 gestiegen – und das sind die offiziellen Zahlen. Beim wöchentlichen Einkauf im Supermarkt liegt die Inflation bei ca. 30%. Auch hieran hat nicht Russland Schuld, sondern eine stetig steigende Geldmenge, verursacht durch die auf Hochtouren laufende Druckerpresse der EZB um die Südstaaten der Eurozone über Wasser zu halten. Gleichzeitig wurde in den vergangenen zwei Jahren durch die staatlichen Corona-Eingriffe das Angebot künstlich verknappt, indem Lieferketten unterbrochen oder verlängert wurden. Diese Mischung aus Corona-Maßnahmen und Ukrainekrieg macht es der Politik möglich, von den eigentlichen Ursachen der Preissteigerungen abzulenken und die Bevölkerung in die Irre zu führen. Die Geldmenge „M3“ hat sich im Euroraum wie folgt entwickelt:

Jahr	Entwicklung der Geldmenge "M3" in der Eurozone von 1997 bis 2021 in Milliarden €
1997	4.222,00
1999	4.667,20
2001	5.402,90
2003	6.148,80
2005	7.087,70
2007	8.650,00
2009	9.347,00
2011	9.497,20
2013	9.836,60
2015	10.847,60
2017	11.858,60
2019	12.984,80
2021	15.483,50

Quelle für die Daten: www.statista.de

Bei der Betrachtung der Geldmenge muss man natürlich beachten, dass die Geldmenge auch mit der Wirtschaftsleistung gekoppelt ist und dementsprechend mit steigt. Die Steigerung betrachtet von 1997 bis 2021 liegt jedoch nicht mehr im gesunden Gleichgewicht zur Wirtschaftsleistung. Sie ist Ergebnis der zügellosen Notenpresse der EZB. Bisher werden keine Versuche unternommen, dies einzudämmen. Gegenmaßnahmen sind z.B. Zinserhöhungen, um die Inflation zu beruhigen. Das hätte jedoch gravierende Folgen für die Zahlungsfähigkeit der Südländer – eine Pattsituation. Der Euro war von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Die handelnden Politiker wollen sich diesen Fehler nicht eingestehen und lenken vom Kern des Problems ab. Lassen Sie sich bezüglich des Krieges nicht in die Irre führen.

Wie die selbsternannten Moralapostel gezielt den Russenhass in Deutschland schüren

Der Ukrainekrieg hat auch Auswirkungen auf das Zusammenleben mit Russen in Deutschland. Der medial geschürte und von führenden Politikern indirekt verursachte Hass auf Russen sickert leise in die Gesellschaft ein. Sogenannte „Gutmenschen“, die vor kurzem noch inflationär von „Hass und Hetze“ gegenüber Einwanderern sprachen und bei jeder Gelegenheit den Kampf gegen Rassismus betonten, sind in Bezug auf Russen plötzlich zunehmend gelassener und nehmen alles das, wogegen sie doch angeblich kämpfen, stillschweigend hin oder feuern es sogar an. Sei es der russische Restaurantbetreiber, der plötzlich beleidigt und angegriffen wird, russische Kinder, die plötzlich in der Schule angefeindet werden, selbsternannte Eliten aus Politik, Kunst und Medien, die plötzlich russische Veranstaltungen boykottieren oder der russische Supermarkt um die Ecke, der aus Angst vor Gewalt das Wort „Russisch“ aus seinem Namen streicht, wie zuletzt in einem Fall aus Leipzig-Grünau. All dies wird hingenommen und es gibt keinen Widerspruch von keiner Seite. Im Gegenteil, so kam in der ZDF-Sendung von Markus Lanz vom 12.04.2022 von einer „Sicherheitsexpertin“ namens Florence Gaub offener Rassismus zu Tage. Sie sagte zusammengefasst allen Ernstes:

„Russen sind, obwohl sie europäisch aussehen, keine Europäer im kulturellen Sinne. Sie haben einen anderen Bezug zu Gewalt und Tod. Es gibt keinen postmodernen und liberalen Zugang zum Leben, das Leben könne z.B. auch sehr früh enden und die Lebenserwartung ist geringer. Deswegen geht man dort auch anders damit um, wenn Menschen sterben.“

Diese Aussagen blieben unwidersprochen im Raum stehen. Widerspruch aus Politik und anderen Medien gab es zu dem Vorfall nicht. Die Sendung vom 12.04.2022 ist in der ZDF-Mediathek noch verfügbar.¹ Alternativ ist auch ein Ausschnitt bei YouTube verfügbar.² Rassismus ist von der Definition her eine Ideologie, welche die Menschen in biologische „Rassen“ mit genetisch vererbaren Eigenschaften einteilt und sie dadurch hierarchisch auf- oder herabstuft. Ich frage mich allen Ernstes: Wie weit sind wir in Deutschland inzwischen wieder gekommen?

Die Skandalakte Roland Wöllers – und keine Besserung in Sicht

Es wurde aber auch höchste Zeit – am 22.04. wurde der untragbare Innenminister endlich aus dem Amt entlassen. Die Liste der Skandale ist lang. Hier nochmal eine kurze Auflistung aus Vetternwirtschaft, Korruption, mangelnder Aufklärung usw.:

- Im März 2021 wurde Wöllers Ehefrau Dr. Corinna Franke-Wöller im Wahlkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge als Direktkandidatin zur Bundestagswahl 2021 aufgestellt. Auf der CDU-Landesliste wurde sie auf Platz 8 aufgestellt – welcher ein Zufall aber auch. Das Direktmandat gewann jedoch unser AfD-Kandidat Steffen Janich. Gleiche Verflechtungen bei der CDU-Landesliste gab es übrigens auch bei der Ehefrau unseres ehemaligen Ostbeschimpfungsbeauftragten Marco Wanderwitz.
- Nicht zu vergessen die Korruptionsaffäre bei der Leipziger Polizei. Beamte sollen mit gestohlenen Fahrrädern gehandelt haben. Wöller spielte die Vorfälle herunter.
- Das verbotene Speichern von Daten über sächsische Parlamentarier beim sächsischen Verfassungsschutz.
- Massenweise Munition, die bei Spezialeinheiten der Polizei spurlos verschwunden ist.
- Skandalöses Agieren der sächsischen Polizei bei Corona-Demonstrationen.
- Der Ski-Urlaub einer Dresdner Spezialeinheit wurde als „Fortbildungsmaßnahme“ deklariert, zuzüglich Unterkunft im 4-Sterne-Hotel.
- Der Sprecher der sächsischen Polizei wurde versetzt, den Job bekam Florian Oest, gescheiterter CDU-Bundestagskandidat im Landkreis Görlitz und Vertrauter Wöllers. Er ist weder Kommunikationsfachmann noch Polizeiexperte.
- Die Günstlingswirtschaft erweiterte sich noch: Eine Freundin von Wöllers Frau wurde zur Kanzlerin der Polizeihochschule ernannt. Der Verdacht der Vetternwirtschaft verdichtet sich, da auch hier die Besetzungskriterien für die Stelle nicht erfüllt sind.

Das alles ist an Unglaublichkeit nicht mehr zu überbieten. Wöllers Nachfolger wird Armin Schuster aus Baden-Württemberg und somit wieder kein Sachse! Der Chef des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz ist u.a. für den desaströsen Katastrophenschutz bei der Flutkatastrophe im Ahrtal mitverantwortlich bei der 134 Menschen ums Leben gekommen sind. Wir haben in Sachsen Besseres verdient!



¹ <https://www.zdf.de/ge-sellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-12-ap-ril-2022-100.html>

² <https://www.youtube.com/watch?v=QFP3KIYIBWY>

Jens Oberhoffner, MdB

Mitglied im Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Sprecher für regionale Zusammenarbeit mit Tschechien und Polen

Homepage: www.jensoberhoffner.de

E-Mail: buerro@jensoberhoffner.de

Meine Positionen für die Landratswahl im Landkreis Görlitz

Man könnte annehmen, dass die in Land und Bund regierenden Parteien, sich ganz offensichtlich gar nicht mehr für die Sorgen ihrer Bürger interessieren, wenn es nicht gerade laute Proteste! Ich bin fest entschlossen, im Dialog mit Ihnen, die anstehenden Probleme und Entscheidungen offen zu diskutieren und so von Vernunft getragene Lösungen in die Arbeit als Landrat einzubringen.

In dieser Ausgabe des Blauen Landkreises möchte ich Ihnen meine Positionen für die anstehende Wahl am 12. Juni näherbringen.

Vorrang für die heimische Wirtschaft!

Der Mittelstand ist der Motor für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Ihn zu unterstützen bedeutet: Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Verknüpfung mit exzellenter Forschung sowie Fachkräftesicherung bereits in den letzten Jahren der Schule.

Wir müssen die in unserer Region ansässigen Unternehmen fördern und für die Zukunft konkurrenzfähig machen. Davon profitieren auch Handwerker, der Einzelhandel, die Kulturbranche und viele kleine Geschäfte, die oft aus dem Blick geraten.



Deutschland muss außerdem endlich mit moderner Infrastruktur gegenüber anderen Standorten auf der Welt punkten. Leider sind wir jedoch gerade beim Internetausbau ins Hintertreffen geraten. Hier gilt es auch bei uns mächtig aufzuholen.

Der Kohleausstieg darf keinesfalls vor dem beschlossenen Termin 2038 erfolgen! Besser wäre die Fortführung bis 2050. Die Rekultivierung der Landschaften hat hierbei zu erfolgen.

Der Ausstieg aus der Braunkohle darf jedoch in jedem Fall erst stattfinden, wenn die Netzstabilität gesichert ist und eine Lösung für die Beschäftigten gefunden wurde.

Alle Vorhaben zur Stärkung unserer Wirtschaft und unserer Bildungseinrichtungen können jedoch

nur gelingen, wenn der Landkreis Görlitz endlich verkehrstechnisch dementsprechend angebunden wird. Deshalb setze ich mich unter anderem ein für eine ICE-Verlängerung Dresden-Görlitz-Breslau, die Einrichtung eines Terminals für LKW-Verladung auf die Schiene die Entlastung der A4 vom stetig wachsenden Schwerlastverkehr, die Fertigstellung der B178n bis Weißenberg und den Ausbau der B115 zwischen Görlitz und Brandenburg sowie auch der B156 im Bereich des Landkreises Görlitz auf die 2+1-Regelung.

Auch das **touristische Potential der Lausitz und Niederschlesiens** ist noch längst nicht ausgeschöpft. Wir brauchen kluge Kooperationen, damit sich Touristen die ganze Lausitz anschauen. Gleichzeitig brauchen wir mehr Mut zu Großveranstaltungen. Durch das Werben um erfahrene touristische Großanbieter wie „Center Parcs“, die die lokale Wirtschaft beflügeln, kann die Lücke durch den Strukturwandel im Landkreis geschlossen und bestenfalls dauerhafter Zuzug befördert werden.

Verwaltung - bürgernah und effizient

Allerdings sind nur mit einer **gut strukturierten Verwaltung** effizientes Wirtschaften, Bürgernähe, Transparenz und mehr lokale Mitbestimmung denkbar. Ich setze mich daher für den Ausbau der interkommunalen Kooperation ein. Gemeinsame Dienstleistungszentren für die einzelnen Gemeinden im Landkreis (z. B. Ordnungsamt, Datenschutz, Personalverwaltung) schaffen eine schlanke Struktur. In der Verwaltung stehe ich für eine effizientere Ausgabenstruktur, eine gute Führungskräfteentwicklung, konsequente Fachfortbildungen und Mitarbeiter, die zu kritischen Verbesserungsvorschlägen bereit sind.

Des Weiteren sollte **jeder Bürger alltägliche Amtsgeschäfte auf einem übersichtlichen, einfachen Portal im Internet erledigen können.** Zugleich muss gerade für ältere Bürger die Begegnung vor Ort mit ausreichendem Verwaltungspersonal weiterhin gewährleistet sein, beispielsweise durch mobile Bürgerbüros. Bei konkreten Planungen stehe ich mehr Mitbestimmung und einer besseren Einbindung der Bürger offen gegenüber.

Ich setze mich des Weiteren zur Gewährung von **Ordnung und Sicherheit** in den Gemeinden für durchsetzungsfähige und bürgernahe Polizeibehörden im Kreis ein. Auch in dem Fall kann interkommunale Zusammenarbeit Verbesserungen für die Gemeinden bringen, die mitziehen. Im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes müssen endlich Funknetze ausgebaut und Schwachstellen in der Ausstattung und den Liegenschaften behoben werden.

Für die Sicherheit der Bürger bedarf es aber auch **Verbesserungen beim Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz.** Für die Feuerwehren, den Katastrophenschutz und die Rettungsdienste sehe

ich vier wesentliche Herausforderungen: Bessere Vernetzung und einheitliche Ausrüstung, fortwährende Qualitätssteigerung bei der Ausbildung sowie eine Entlastung der Gemeinden von Verwaltungsaufgaben, z.B. durch Sammelbeschaffungen für die Feuerwehren

Auch die Vereine müssen unterstützt werden! Sport, insbesondere der in Vereinen ausgeübte, ist ein wichtiger Bestandteil des Zusammenlebens. Im Vereinssport werden Beziehungen aufgebaut und Freundschaften geknüpft.



Das Angebot muss mindestens auf dem derzeitigen Niveau gehalten und an die sich ändernden Anforderungen angepasst werden. Die von den Sportvereinen genutzten Anlagen und Räumlichkeiten gilt es weiter zu modernisieren.

Heimat unverwechselbar - „Willkommen zu Hause!“

Bei vielen Weggezogenen ist die Sehnsucht nach der Heimat groß und ich möchte alles dafür tun, dass für diese Menschen die alte Heimat wieder die neue Heimat wird. Dazu braucht es einen Rückkehrbeauftragten, der dabei hilft, all das über die Ferne zu organisieren, was es zu einer Rückkehr in die Heimat brauchen kann: Kita-Plätze, Geschäftsübernahmen, Arbeitsplätze, Bauland und Wohnraum finden.

Dafür müssen wir auch unsere Familienfreundlichkeit steigern! Familien sind die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie vor Ort und gesamtgesellschaftlich zu stärken, zählt zu den wichtigsten Aufgaben des Staates. Wichtig ist auch hier das Wohnen: Gegenüber Großstädten kann der Landkreis Görlitz mit günstigem Wohnen punkten. Der Landkreis soll bei der Bereitstellung von Bauland unterstützen. Statt des Verkaufes von Flächen sind nach Möglichkeit jedoch Erbpachtverträge anzubieten. In Zeiten steigender Baukosten gewinnen Familien so finanziellen Spielraum für ihre Wohnraumplanung und die kommunalen Verpächter sichern sich dauerhafte Einnahmen.

Für die Erhöhung der Attraktivität bedarf es aber auch **einer Bildungsoffensive**. Deshalb setze ich mich auch **für den Ausbau der Hochschule Zittau/Görlitz** zu einer Technischen Europa-Universität ein. Technik,

Naturwissenschaften gepaart mit kultureller und ökonomischer Kompetenz sind heute überall gefragt.

Das ehrgeizige Ziel muss lauten: Lasst uns eine „Technische Europa-Universität Dreiländereck“ gründen!

Ferner sollte man im Dreiländereck mehrere Sprachen sprechen können. **Mehrsprachigkeit ist ab dem Kindesalter zu fördern.** Idealer Weise ab dem Kindergarten. Obschon Schulbildung Sache des Freistaates ist, sollten Polnisch und Tschechisch in jeder Schule angeboten werden. Das Fremdsprachenlernen sollte zusätzlich mit grenzüberschreitenden Besuchen von Kitas und Schulen verknüpft werden.

Medizinische Versorgung sichern!

Die Attraktivität unserer Region hängt aber auch maßgeblich von einer **guten medizinischen Versorgung** ab. Durch die Möglichkeiten der Telemedizin kann wohnortnah mittels besonders geschulten Personals eine gewisse Basisabdeckung abgesichert werden. Um dies zu realisieren, muss in den Gemeinden die entsprechende Infrastruktur geschaffen werden.

Außerdem sollte die **Übernahme von Arztpraxen** stärker gefördert werden. Weiterhin wünsche ich mir **die aktive Unterstützung von Ärzten**, die sich in unserer Heimat niederlassen oder in unsere Region zurückkommen möchten.

Auch die älteren Generationen dürfen nicht aus dem Blick verloren werden! Eine älter werdende Gesellschaft braucht ein besseres Miteinander. Dafür sollten die vorhandenen Projekte gestärkt und gefördert werden, sowie vorhandene Förderprogramme für Mehrgenerationen-Wohnprojekte klarer definiert werden.

Familienangehörige und Senioren sind durch eine „Seniorenleitstelle“ zu in praktischen Fragen zu beraten und darüber hinaus besser zu unterstützen. **Pflege in nachbarschaftlicher Gemeinschaft ist daher das Ziel!**

Wir müssen die Zukunft endlich in die eigene Hand nehmen. Schieben wir diese große Aufgabe nicht länger auf und gehen sie zusammen an!

Gemeinsam für Heimat und Zukunft!

Sebastian Wippel, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion
Innenausschuss
Mitglied im Landesvorstand

Liebe Oberlausitzer!

Die Krisenzeiten haben uns wieder voll im Griff. Zwar werden wir wieder etwas „ruhiggestellt“, da das Corona-Regime pünktlich zum Frühling und Sommer die Leinen etwas locker lässt. Doch der Ukraine-Krieg, eine weitere Flüchtlingswelle und eine Energie- und Versorgungskrise historischen Ausmaßes stellen uns vor enorme Herausforderungen. Wir dürfen uns davon nicht verwirren lassen. Die Regierung und das Medienkartell wissen genau, wie sie unsere Aufmerksamkeit steuern können. Aber an den Lausitzer Granitschädeln werden sie sich dabei die Zähne ausbeißen!

Blackout und Trinkwasserversorgung

Im letzten Jahr stellte ich eine Anfrage, welche Maßnahmen der Landkreis Görlitz im Falle eines flächendeckenden Blackouts ergreifen würde und wie die Verteilung von Notfallbrunnen im Landkreis beschaffen ist. Das Ergebnis war ernüchternd. Viele Informationen wurden aus Gründen des Datenschutzes und wegen „Rechten Dritter“ nicht preisgegeben. Der Rest offenbart ein Ausmaß an Krisenvorsorge, das viel zu wünschen übrig lässt.



Im Falle eines flächendeckenden Stromausfalls verhält es sich wie folgt: Zur Krisenkommunikation wird der Besitz eines batteriebetriebenen Radios empfohlen, um wichtige Nachrichten empfangen zu können. Daneben gibt es Sirenen und Lautsprecherwagen zur Warnung vor Gefahren. Darüber hinaus liegt ein 4-Stufen-Plan des Landkreises Görlitz vor, gestaffelt nach Ausfallzeiten und den damit verbundenen Maßnahmen. So sind z.B. „Leuchttürme“ (Notstrom, Informationen) für die Wohnbevölkerung vorgesehen, auch eine zeitweise Wahrung der medizinischen Infrastruktur werde irgendwie ermöglicht, Feuerwehr und Katastrophenschutz seien im Einsatz usw. Notbrunnen zur Trinkwasserversorgung sind vorhanden. Diese befinden sich jedoch allesamt in Görlitz. Wie aber im Notfall das Trinkwasser aus Görlitz in den äußeren Landkreis gelangen soll, bleibt unklar. Auch der übermittelte Stufenplan wirft Fragen auf und bereitet eher Sorgen, als dass er Anlass zur Beruhigung

gäbe. Denn in dem Ausfallszenario ab 24 Stunden verfügen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen im Landkreis Görlitz bereits über keinen Notstrom mehr, die Lebensmittelversorgung wird kritisch, das Alarmierungsnetz fällt aus usw. Wichtig zu wissen wäre, wie lange die Regierung überhaupt in der Lage ist, Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz zu ergreifen. Denn gemäß Stufenplan bräche bereits nach 24 Stunden nahezu die gesamte Infrastruktur zusammen. Die Folgen wären katastrophal!

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Verweis des Landkreises Görlitz auf Maßnahmen der Regierung zur „Ausbildung eines Risikobewusstseins der Bevölkerung“, z.B. im Hinblick auf Bevorratung. Die Bevölkerung soll sich also selbst kümmern in einem Szenario, das als Folge verfehlter Energiepolitik eintreten könnte. Dass sich ein jeder eigenverantwortlich auf Notsituationen vorbereitet, ist zwar sehr begrüßenswert. Doch im Falle eines Blackouts, der auf Regierungsversagen zurückzuführen sein kann, würde ich mir gerade von der Regierung mehr Verantwortungsbewusstsein und Voraussicht wünschen. Mehr Transparenz, für jedermann zugängliche Informationen im Voraus und vor allem das Signal an die Bevölkerung, dass die Regierung alles in ihrer Macht Stehende tut, um im Notfall ausreichend zu helfen – dafür scheint sich die Staatsregierung jedoch nicht zu interessieren.

Auch der Ukraine-Konflikt, respektive die Russland-Sanktionen und die damit verbundenen diplomatischen Folgen offenbaren, wieviel ihr die Versorgungssicherheit der eigenen Bevölkerung bedeutet. Globalistische Symbolpolitik, ganz im Interesse der USA, ist der Regierung offenbar wichtiger, als Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Massive Energie- und Treibstoffpreissteigerungen, Nahrungsmittelverknappung und Hyperinflation sind nichts anderes als das Ergebnis dieser ideologiegesteuerten, bürgerfeindlichen Politik. Von daher auch meine Empfehlung: Bevorraten Sie sich und sorgen Sie vor!

Petition gegen Impfpflicht – Versorgungsnotstand verhindern

Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen für Ihre Unterstützung bedanken! Bei unseren Infoständen in Löbau, Ebersbach-Neugersdorf, Zittau und Herrnhut erhielten wir viel Zuspruch und haben zahlreiche Unterschriften für unsere Petition gegen die berufsbezogene und allgemeine Impfpflicht gesammelt. Zusammen mit all jenen, welche die Petition online unterzeichnet haben, wurde das Quorum weit überschritten. Die Unterlagen gehen nun an den Petitionsausschuss, welcher beim zuständigen Staatsministerium eine Stellungnahme erwirkt. Das ist schon mal ein Teilerfolg.



Wichtig ist, dass wir weiter Druck machen, dass der Protest weiter sichtbar bleibt. Seien es die Spaziergänge, Petitionen, Aufrufe an Abgeordnete, ziviler Ungehorsam u.v.m. Wenn wir etwas ändern wollen, müssen wir von unserem Widerstandsrecht Gebrauch machen. Und wir sollten uns solidarisch zeigen mit all den Pflegekräften, die derzeit um ihre berufliche Zukunft bangen. Dieses Gesetz gehört abgeschafft!



Zwar erleben wir derzeit „Lockerungen“ und die „Allgemeine Impfpflicht“ scheint vorerst vom Tisch. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Dass sich nun auch das Gesetz zur Impfpflicht ab 60 ebenfalls nicht durchsetzen konnte, ist letzten Endes auch den zahlrei-

chen Protesten und dem gesellschaftlichen Gegendruck zu verdanken. Daran sieht man: Widerstand zahlt sich aus! Aber wir dürfen nicht nachlassen. Die Regierung arbeitet weiterhin daran, die rechtlichen Grundlagen auszubauen, um die Grundrechte der Bürger per Dekret aushebeln zu können. Obwohl der Nutzen der Impfung längst widerlegt ist und die Zuverlässigkeit der Tests stark angezweifelt werden kann, bleiben diese Mechanismen des Corona-Regimes weiterhin bestehen und können nach Belieben wieder forciert werden. Über 550 Millionen Impfdosen hat die Bundesregierung bereits bestellt.

Es wird mit dieser Regierung keinen „Freedom Day“ geben. Selbst wenn dem so wäre, so sind die Risse in der Gesellschaft bereits jetzt kaum mehr zu überbrücken, die Wunden in den Seelen der Kinder kaum mehr zu heilen und das Vertrauen der Bürger in die Regierung kaum wiederherzustellen. Wir werden dieses Vergehen an den deutschen Bürgern nicht vergessen und nicht vergeben. Deshalb meine ich: die politisch Verantwortlichen für dieses Unrechtsregime gehören ausgetauscht und zur Rechenschaft gezogen. Es ist höchste Zeit für einen Neustart! Aber nicht im Sinne eines „Great Reset“, sondern im Sinne von Freiheitlichkeit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung.

Wir Oberlausitzer, wir Sachsen sind Vorbild für ganz Deutschland mit unserem Widerstandsgeist. Darauf können wir stolz sein. Es lebe die „Protesthochburg“ Oberlausitz!



Mario Kumpf, MdL

Mitglied des Sächsischen Landtages,
Mitglied des Kreistages von Görlitz und
Stadtrat von Ebersbach-Neugersdorf

Folgen Sie mir gerne auf Telegram: t.me/TeamKumpf

Warum ist die Landratswahl so wichtig?

Der Landrat hat Einfluss auf zentrale Bereiche unseres täglichen Lebens:

Als oberster Verwaltungsbeamter des Landkreises ist er der Hauptansprechpartner für die Landesregierung. Damit dient er gewissermaßen als Schnittstelle zwischen Regierung und den ausführenden Behörden, z.B. Gesundheitsamt, Waffenbehörde, Kreispolizeibehörde, Jobcenter usw. Der Landrat hat Einfluss auf die Mittelvergabe und kann punktuell die Verschwendung von Steuergeldern verhindern. Dies betrifft auch die Verwendung von Fördermitteln.



Als Koordinator der zentralen Verwaltungseinheiten obliegt dem Landrat auch die Unterbringung von Asylbewerbern. Echte Kriegsflüchtlinge kann man anders unterbringen als abgelehnte Asylbewerber. Anreize für Asylmissbrauch können so gesenkt werden.

Ein Landrat, der sich für eine freie Impfentscheidung einsetzt, wird sich auch bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht auf die Seite aller Mitarbeiter stellen und darauf achten, auch die medizinische Versorgung der Region zu sichern.

Auf vielen Ebenen kann der Landrat als Mittler zwischen den Interessen der Gemeinden, Bürger und der Landesregierung dienen und bei entscheidenden Fragen Veränderungen bewirken. Deshalb bitten wir um Ihre Stimme für Sebastian Wippel, dem Kandidaten unseres Vertrauens.



Unsere Büros im Landkreis

Kreistagsfraktion Weißwasser
MdB T. Chrupalla, MdL R. Kuhnert
Muskauer Straße 73, 02943 Weißwasser
Telefon: 03576 / 2186678
Öffnungszeiten: Mo. 14:00 – 18:00Uhr
Di. 09:00 – 15:00Uhr
Mi. 09:00 – 12:00Uhr
Do. 09:00 – 16:00Uhr

Kreistagsfraktion Niesky
MdB T. Chrupalla, MdL R. Kuhnert,
MdL J. Oberhoffner
Muskauer Straße 1, 02906 Niesky
Telefon: 03588 / 2593281
Öffnungszeiten: Di. 09:00 – 13:00Uhr
Do. 13:00 – 17:00Uhr

Kreistagsfraktion Löbau
MdB T. Chrupalla, MdL M. Kumpf
Breitscheidstraße 42, 02708 Löbau
Telefon: 03585 / 4524793
Öffnungszeiten: Mo. 09:30 – 12:00Uhr
Di. 09:30 – 12:00Uhr
Mi. 09:30 – 12:00Uhr

Kreistagsfraktion Görlitz
MdB T. Chrupalla, MdL S. Wippel
Berliner Straße 58/59, 02826 Görlitz
Telefon: 03581 / 6861634
Öffnungszeiten: Mo. 09:00 – 12:00Uhr
Mi. 13:00 – 17:00Uhr
Fr. 09:00 – 12:00Uhr

AfD Kreistagsfraktion Zittau
MdB T. Chrupalla, MdL J. Oberhoffner
Äußere Weberstraße 19, 02763 Zittau
Telefon: 03583 / 5627090
Öffnungszeiten: Di. 14:00 – 18:00Uhr
Do. 14:00 – 18:00Uhr



Impressum

Herausgeber:
ZUNEX Media GmbH
Hauptstraße 38
D-02829 Markersdorf

Druck & Verlag:
ZUNEX Media GmbH
Hauptstraße 38
D-02829 Markersdorf

Vi.S.d.P.: Tino Chrupalla, ausgenommen Seite 4,5:
Roberto Kuhnert, Seite 6,7: Jens Oberhoffner, Seite 8,9:
Sebastian Wippel, Seite 10,11: Mario Kumpf
AfD Bürgerbüro, Berliner Str. 58/59, 02826 Görlitz
Telefon: 03581/68 616 34
E-Mail: vorstand@afdgoerlitz.de